DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Februar 2/95

Erklärung zum 50. Jahrestag

MENSCHEN GEGEN RECHTS gedenken

Am 8. Mai 1995 jährt sich zum 50. Mal der Gedenktag zur Beendigung des II. Weltkriegs in Europa, der gleichzeitig für fast alle Menschen in dem von den Hitler-Armeen überfallenen europäischen Staaten und einem Teil der in Deutschland Lebenden als ein Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus war, der aber für viele Deutsche primär als erhoffte Beendigung des Krieges erlebt, für wenige als Niederlage empfunden wurde.

Am 8. Mai 1945 kapitulierten die Armeen des Terror-Regimes der Nazi-Diktatur. Über 50 Millionen Tote – Zivilisten und Soldaten –, über 6 Millionen ermordete Juden aus ganz Europa, die Ermordung ungezählter Minderheiten – von Behinderten bis zu Bibelforschern – sind das Resultat eines rassistisch ausgerichteten, chauvinistisch agierenden Staates gewesen, der die große Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wußte. Unter den Augen von Millionen von Deutschen wurden jüdische Geschäfte geplündert, Menschen wegen ihrer Behinderung oder Religion ausgegrenzt, die sozialistisch orientierte Arbeiterbewegung brutal verfolgt und einer Rassenideologie gerne geglaubt, die fast alle Nichtdeutschen und Nicht-Nazis zu Menschen zweiter und dritter Klasse abstempelte. Unter dem Beifall des größten Teils der deutschen Bevölkerung wurden die europäischen Staaten angegriffen, unterworfen, ausgeplündert und zeitweise dem deutschen Allmächtigkeitswahn unterstellt. In den durch die von der deutschen Armee eroberten Länder wurde der größte Massenmord der Geschichte unter deutschem Namen vollzogen.

Dieses alles wurde ermöglicht u.a. durch ein Fehlen von humanen Maßstäben, durch ein Fehlen von Toleranz und Mitmenschlichkeit, durch politische Passivität und durch den Glauben an den deutschen Übermenschen. Der deutsche Nationalsozialismus in seiner faschistischen Ausrichtung ist nicht vom Himmel gefallen. Er ist systematisch von bestimmten Interessengruppen gewollt und vorbereitet worden. Er fand seine Unterstützung in einem Volk, das sich nach Stabilität und Ordnung sehnte, das nur allzu gern auf die Sündenbocktheorie hereinfiel und das den autoritären Staat als den Überbau einer Macht akzeptierte, der Menschen in lebenswert und nicht lebenswert einteilen konnte. Der 50. Jahrestag der Beendigung des II. Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus sollte ein Tag des Nachdenkens sein. Ein Tag, der die derzeitige gesellschaftspolitische Situation als Teil unserer eigenen Geschichte begreift und der unsere Lernfähigkeit unter Beweis stellen sollte.

In der Bundesrepublik ist in den letzten Jahren wieder ein Klima entstanden, dessen äußere Merkmale die soziale Spaltung und die Individualisierung sind. Wieder werden gesellschaftliche Probleme Minderheiten angelastet. Flüchtlinge, Asylbewerberinnen, einheimische Bürgerinnen mit ausländischem Aussehen, JüdInnen, Sinti und Roma, Schwarze, Behinderte, Schwule und Lesben sowie andere Minderheiten oder Andersdenkende werden zu Sündenböcken gemacht und sind in unserer Gesellschaft massiv von rechtsextremen Gewalttätern bedroht. Seit 1990 sind über 90 Menschen das Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden. Diese rechtsextremistischen und rassistischen Gewalttäter sind keine Einzeltäter. Sie finden in zahlreichen rechtsextremen Organisationen und Parteien eine geistige Heimat und waren sich bei ihren Mordanschlägen – wie z.B. in Rostock und Magdeburg – des Applaus eines großen Teils der Bevölkerung sicher.

Im Gedenken an den 50. Jahrestag der Beendigung des II. Weltkrieges und der Befreiung vom Faschismus fordern die MENSCHEN GEGEN RECHTS den Kampf gegen den Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen anzusetzen. Der Staat, die Politik, die Gesellschaft und jeder einzelne von uns ist aufgefordert, die Lehren aus der deutschen Geschichte ernster zu nehmen und sich einzusetzen für

- die Überwindung der sozialen Spaltung in Deutschland,
- eine gesellschaftliche Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsoffensive,
- eine doppelte Staatsbürgerschaft,
- die konsequente strafrechtliche Verfolgung rechtsextremer Straftaten und Organisationen,
- den Ausbau der demokratischen Rechte,
- die humanitäre, zivile, ökologische und soziale Wahrnehmung der globalen Verantwortung Deutschlands.

MENSCHEN GEGEN RECHTS gedenken des 50. Jahrestags der Beendigung des II. Weltkrieges in Europa und der Befreiung vom Faschismus mit der Verpflichtung, es nicht zuzulassen, daß Minderheiten in unserem Land wieder schutzlos dem Fremdenhaß ausgeliefert sind und Militarismus die deutsche Außenpolitik bestimmt. Wir sind alle aufgefordert, Solidarität mit den Bedrohten zu organisieren und Widerstand gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Intoleranz zu ermöglichen. Wir alle sind aufgefordert, für ein Klima der Mitmenschlichkeit und Toleranz aktiv einzutreten.

5. Februar 1995: Waller Friedhof

Vormerken und kommen: 11.00 Uhr Haupteingang

Vertreter von DGB-Jugend, DKP, PDS, SPD, SDAJ, SDJ-die Falken, VVN-BdA rufen auf zu einer gemeinsamen Veranstaltung zum Gedenken an die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik am Sonntag, den 5. Februar. Wir treffen uns um 11.00 Uhr am Haupteingang zum Waller Friedhof. Es eröffnet Willy Hundertmark, es spricht Heinz-Gerd Hoffschen, musikalischer Abschluß durch Familie Ströh. Anschließend Gelegenheit zu einem Gespräch im DGB-Jugendtreff Westend.

Aus christlicher Sicht

Am 11. Dezember war ich in Paris, wo die deutsche Kirchengemeinde ihr 100 jähriges Bestehen feierte. Ich selber war vor 60 Jahren, 1934, als Student Mitglied dieser Gemeinde geworden. Ich diente in dieser Gemeinde selber einige Jahre als Pfarrer nach dem Kriege und wurde in dieser Kirche mit einer Französin getraut, und meine Kinder wurden in dieser Kirche getauft. Hundert Jahre seit 1894 scheinen eine sehr lange Zeitspanne zu sein. Aber wenn ich daran denke, daß ich selber in 18 Jahren vielleicht das 100. Lebensjahr erreicht haben werde, da kommt mir diese Zeitspanne auf einmal doch recht kurz vor. Am 8. Mai 1995 wollen wir nun das 50jährige Gedenken des Kriegsendes feiern. Da mein Vater 1914 gefallen ist, und meine Mutter 1945 in einem Bombardement ums Leben kam, so denke ich natürlich auch viel über den letzten Weltkrieg nach, den ich als Soldat miterlebte, bis ich Anfang Mai 1945 Kriegsgefangener wurde.

Da frage ich mich: „Wissen die heute lebenden Menschen, daß Hindenburg 86 Jahre alt war, als er 1933 Hitler zum Regieren berief?" Als Hindenburg ein Jahr später starb, beschloß Hitler, gleichzeitig Regierungschef und Führer des deutschen Volkes zu werden. Dieser Beschluß Hitlers wurde am 19. August 1934 in einem Referendum vom deutschen Volk mit 80 % der Stimmen ratifiziert.

Die großen Wahlerfolge der Nationalsozialisten stärkten Hitlers Stellung ungeheuer, und Hitler konnte ungestört aufrüsten und den Frieden bedrohen. Es wurde immer offenbarer, daß Hitler die ganze Macht ergreifen wollte, um als absoluter Diktator ohne Widerspruch dem übrigen Europa seinen Willen aufzwingen zu können. Schon 1933/34 flüchteten zahlreiche Menschen aus Deutschland ins Ausland, weil sie rechtzeitig erkannten, daß Hitlers Totalitarismus alles freie Denken in Deutschland knebeln würde.

Aus politischen und rassischen Gründen, aber auch um ihres christlichen Glaubens willen kamen zahlreiche Menschen in KZ-Lager oder in die Gefängnisse. Aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung schenkte Hitler und den Nationalsozialisten ihr Vertrauen. Wie jauchzten die Menschen, wenn die Siegesnachrichten von den Fronten kamen! Der Patriotismus dominierte alles vernünftige Denken.

Es war unvorstellbar, daß irgendein Christ um der Lehre Jesu Christi willen die Niederlage des Hitleregimes hätte wünschen können.

Im Rückblick auf die damaligen Jahre kann man objektiv feststellen, daß die meisten braven Staatsbürger keine wirklichen Christen im Sinne der Predigt Jesu waren. Die meisten glaubten nicht an Gott, den liebenden und barmherzigen Vater Jesu Christi. Sie wollten nicht, daß Jesus ihr Herr und Meister sei, dem sie nachfolgen wollten, obwohl sie doch meistens auf Jesu Namen getauft worden waren.

Hitler und Großdeutschland, arische Rasse und „right or wrong – my country!" hießen die neuen Ideale. Man lebte „jenseits von Gut und Böse", wie es Nietzsche schon gelehrt hatte. Man war ein mündiges Volk geworden, das nach neuen völkischen Gesetzen lebte und das nicht mehr betete: „Dein Wille geschehe!" So lebten doch wohl die meisten Menschen in diesen Kriegsjahren ohne den wirklichen, echten christlichen Glauben. Und für diejenigen, die als wirkliche Christen leben wollten, war das Leben in einer Welt ohne Gott sehr schwer. Es gab aber doch eine Anzahl Einzelgänger, die allein versuchten, Widerstand zu leisten, so gut sie konnten. Die wenigen Gruppen von Widerstandsleuten sind ja auch bekannt und ihr oft tragisches Schicksal.

Die christlichen Kirchen haben versagt, weil die Bekehrung in der Verkündigung nur selten eine Rolle spielte, und weil die Kirchen wohl doch nicht mehr die gleiche Wahrheit so verkündigten, wie sie Jesus Christus verkündigt hatte. Wer kannte wirklich die christlichen Glaubenswahrheiten in ihrer ganzen Tiefe und Kompromißlosigkeit? Wie viele Menschen hatten sich durch einen eigenen Willensentschluß aus Glaubensüberzeugung zu Jesus Christus bekannt? und zu Jesus bekehrt? Im Evangelium des Johannes, Kapitel 14 V.23 sagt Jesus: „Wer mich liebt, der wird mein Wort halten, und mein Vater wird ihn lieben, und wir werden zu ihm kommen und Wohnung bei ihm machen." Wissen wir das ganz klar, was es heißt: „Jesu Wort halten," „Jesus lieb haben," „Jesus will bei uns Wohnung machen"? Wie kann Jesus bei einem Menschen Wohnung machen und ihn lieb haben, der über Coventry und Hiroshima und Dresden Bomben abwirft? Jesus sagt auch Matth. 5, 14-16 „Ihr seid das Licht der Welt. Euer Licht muß vor den Menschen leuchten, damit sie eure guten Taten sehen und euren Vater im Himmel deswegen preisen. Ihr wißt auch, daß es heißt: ‚Liebe deine Freunde, hasse deine Feinde!' Ich aber sage euch: ‚Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen. So erweist ihr euch als Kinder eures Vaters im Himmel. Wenn ihr anders handelt, könnt ihr meine Jünger nicht sein!"

Haben viele Menschen während des Krieges sagen können: Diese Soldaten sind wahrhaftige Christen! Wir sehen ihre guten Taten und wir wollen Gott dafür danken, daß es diese Christen so wunderbar inspiriert hat! Das ist herrlich, so viele gute Taten zu sehen, weil es so viele Christen gibt!

Franz de Beaulieu

Aus dem Europa-Parlament

Der Innenausschuß des Euro-Parlaments hat die Diskussion in Deutschland um Schuld und Sühne aufgegriffen. Die Parlamentarier sind zu der Auffassung gekommen:

Genauso wie die alte Bundesrepublik die Nazi- und Kriegsverbrecher begnadigt hat, sollten jetzt die Probleme der Ex-DDR behandelt werden. Dazu meinte der Europa-Abgeordnete Wolfgang Ullmann (B90/die Grünen), er sei dagegen. Eigentlich müßte er sich korrekterweise sagen, in der Präambel zum Einigungsvertrag heißt es doch: „in dankbarem Respekt vor denen, die in Freiheit die Einheit erringen und vollenden werden". So müßte doch mit den Brüdern und Schwestern der DDR besser umgegangen worden sein. Mit seinem Abgeordnetenmandat ist doch der respektvolle Da[nk] nicht abgegolten. Außerdem Herr Ullmann, fordern heute noch 10tausende Überlebende ihre Rehabilitierung, die in den 50er Jahren friedlich für die Einheit eingetreten sind. 1990, als die Atomwaffen in Mutlangen schon fast abgezogen waren, wurden Blockierer noch bestraft.

Es gibt noch viel zu tun im geeinten Deutschland.

Willy

Ein Feind muß sein

Wo sparen wir noch das Geld unserer Untertanen, fragten die Obersparer in Bonn. Den Arbeitslosen habe ich gerade erst einen Prozentpunkt abgezogen, da kann ich nicht schon wirder, klagte unser Theo. Aha, hieß es in der Runde, da gibt es doch die Beamten, die sind sowieso nicht besonders beliebt beim Volk. Erstens einmal sind es zuviele, dann sitzen sie nur ihr Geld ab, und schließlich zahlt auch noch der Staat die Pension. Beim lauten Denken der Oberen meldete sich der Beamtenbund: Eure Pläne lehnen wir ab, denn wir beschäftigen uns schon selbst mit einer Reform, wie jetzt der Abbau genannt wird. Erhaltung des Besitzstandes, das sagen wir auch hier. Und wir sind gegen ein Ausspielen einer Gruppe gegen die andere.

Willy

Vor 60 Jahren Einheitsfront an der Saar

Am 13. Januar sind es genau 60 Jahre her, daß die wahlberechtigte Bevölkerung des ehemaligen Saargebietes zur Volksabstimmung aufgerufen war. Was war der Anlaß?

Als Entschädigung für die Kriegsschäden, die deutsche Truppen in Frankreich angerichtet hatten, meldete Frankreich Annexionsforderungen an und erhob Anspruch auf das Saargebiet. Die Saar wurde auch vom deutschen Reich getrennt und unter Völkerbundsverwaltung gestellt. Darüber kam es aber zwischen der Forderung Frankreichs und der Vorstellung des US-Präsidenten Wilson, der die Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker vertrat, zu einem Kompromiß. Es wurde festgelegt, daß die Saarbevölkerung nach 15 Jahren über ihre Zukunft befragt werden sollte.

Im Sommer 1934 beschloß der Völkerbund, der mit Abstrichen dieselbe Funktion hatte wie heute die UNO, diese Volksbefragung am 13. Januar 1935 durchzuführen. Abstimmungsberechtigt waren alle Bürger ab 20 Jahren, die zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags innerhalb des abgetrennten Gebietes lebten. Viele waren aber inzwischen abgewandert. Nahezu jeder zehnte hatte seinen Wohnsitz außerhalb des Saargebietes. Sie waren aber wahlberechtigt und erhielten auch eine Wahlaufforderung. Die Reise zum Wahlort im Saargebiet wurde erleichtert, wenn sie zwischen dem 27. Dezember 1934 und dem Wahltag ins Saargebiet einreisten. Per Schiff, unter anderem mit der „Bremen", kamen Wahlberechtigte aus Übersee kostenlos ins Saargebiet und zurück. Abzustimmen war über die Frage: a) Sind Sie für die Rückgliederung an das Deutsche Reich, b) für die Vereinigung mit Frankreich oder c) für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustands, des Status quo? Solange Deutschland eine Republik war, gab es bei den Menschen an der Saar, den politischen Parteien und Organisationen keinen Zweifel über die Rückgliederung. Die Lostrennung wurde ganz allgemein als aufgezwungenes Unrecht empfunden.

Diese Haltung änderte sich aber mit dem 30. Januar 1933, als Hitler von Hindenburg mit der Kanzlerschaft beauftragt wurde. Von da an gab's bei den antifaschistischen Kräften Überlegungen und Bemühungen zur Erhaltung und Verteidigung eines freien Saargebietes bis zum erhofften Sturz von Hitler und der Wiederherstellung eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands. Inzwischen war auch das Saargebiet Ziel vieler Antifaschisten, die vor dem Nazi-Terror ins Exil gingen. Sie teilten diese Orientierung. So kam es an den Stempelstellen für Arbeitslose, in Betrieben und bei Versammlungen immer deutlicher zum Ruf nach einer Einheitsfront aller Antifaschisten gegen Hitler. Im Sommer 1934 kam es zu einer gemeinsamen Kundgebung, auf der Sprecher der Kommunisten und der Sozialdemokraten zu gemeinsamen Aktivitäten aufriefen. Auf einer Großkundgebung in Sulzbach traten nicht nur KP- und SP-Sprecher auf, sondern auch der katholische Geistliche Pater Dörr, der sich an die Seite der Hitler-Gegner stellte.

Der katholische Bischof von Trier übte dagegen Druck auf die gläubigen Katholiken und die antifaschistisch eingestellten Geistlichen aus. Ihre Predigten wurden abgehört und der Gestapo sowie dem Bischof gemeldet. Auch der Bezug der oppositionellen Zeitung „Neue-Saar-Post". Diesen Leuten warf Bischof Bornewasser von Trier vor, „einen schweren Schlag gegen die katholische Kirche Deutschland" versetzt zu haben. In einem Aufruf des Trierer Bischofs aus dem Jahre 1934 heißt es: „Katholischer Volksgenosse! Dein Bischof ruft Dich! Am Sonntag, den 13. Januar 1935 wird im Saargebiet die Volksabstimmung stattfinden über die Frage, ob dieses deutsche Land und seine Bewohner in der Trennung vom Deutschen Reich verbleiben sollen oder nicht. Der für die Zukunft unseres Vaterlandes so folgenschweren Entscheidung, die in einigen Tagen an der Saar fallen wird, kann kein wahrhaft Deutscher gleichgültig gegenüberstehen. Als Deutsche Katholiken sind wir verpflichtet, für die Größe, die Wohlfahrt und den Frieden unseres Vaterlandes uns einzusetzen."

Das hatte bei der überwiegend katholischen Bevölkerung an der Saar volle Wirkung. Die Aufforderung der Antifaschisten in der „Status-quo-Bewegung", der neben Kommunisten, Sozialdemokraten und wenigen Zentrumsanhängern auch katholische Geistliche angehörten ("Beibehaltung des bestehenden Zustands bis zum erhofften Sturz Hitlers") hatte wegen der Kürze der Zeit, Juni/Juli 1934 bis 13. Januar 1935, wenig Chancen.

Meine (AE) Erinnerungen gehen noch dahin, daß der katholische Pfarrer meines Heimatortes zu jenen antifaschistischen Kräften zählte. In seinem Pfarrhaus trafen sich in den letzten Wochen bis zur Abstimmung Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrums-Mitglieder zu gemeinsamen Gesprächen über die letzte Phase des Wahlkampfes.

Leider war der Zeitraum vom Juni/Juli 1934 bis zum 13. Januar 1935 zu kurz, um die Masse der Menschen, die volle 15 Jahre auf die Rückgliederung gewartet hatten, von der Gefahr, die das faschistische System in Deutschland für sie bedeutet, zu überzeugen. Gegen die politische Vernunft der „Status-quo-Bewegung" entschied die nationalistische Propaganda und die Abhängigkeit vom Bischof, der die Gefahr des Faschismus nicht erkannte oder nicht erkennen wollte.

Wer stand nun auf der richtiger Seite für „Größe, Wohlstand und Frieden"? Die Antifaschistische „Einheitsfront" der „Status-quo-Bewegung" oder die konservativ-nationalistischen Kräfte, die für (Hitler-) Deutschland aufforderten ? Die Entwicklung gab eindeutig den Gegnern Hitlers in der „Einheitsfront" recht. Hochachtung und Respekt verdienten deshalb solche geistlichen Persönlichkeiten wie Pater Dörr, Pastor Bungert ("ich darf nicht schweigen") oder Pfarrer Peter Klein aus meinem (AE) Heimatort, der auf Vorschlag der örtlichen Nazis vom Trierer Bischof versetzt wurde. Eine Ehrung dieses Mannes ist auch unter der gegenwärtigen CDU noch offen. Und warum? Er stand neben Kommunisten und Sozialdemokraten auf der richtigen Seite.

Alois Engel

Was bleibt von Jalta?

Vom 4. bis 11. 2. 1945 tagten Roosevelt, Churchill und Stalin in Jalta. Sie stimmten darin überein, daß das Naziregime die Politik der verbrannten Erde bis in das letzte Dorf Deutschlands durchführen werde, weil den Nazis klar war, sie werden entmachtet. Zur Wahrnehmung der Staatsgewalt teilte die Antihitlerkoalition Deutschland in 4 Zonen. Um Deutschland als einheitliches Ganzes zu verwalten, wurden den Westmächten 3 Zonen im von der Roten Armee befreiten Berlin zugeteilt. Diese Teilung der Aufgaben war nicht immer problemlos. Es war aber nicht die Teilung, die die Spaltung herbeigeführt hat. Nicht nur Bremen, Essen und Köln, sondern auch Leipzig, Magdeburg und vor allem Berlin waren zerstört. Daher war es unverständlich, daß die US-Administration und die anderen Zwei es ablehnten, die Marshallplangelder für alle 4 Zonen zu gewähren, die Währungsreform nur in den Westzonen durchzuführen. Ich konnte 1948 nur mit dem Kopf schütteln, als die Gewerkschafter auf der Interzonenkonferenz in Heidelberg erklärten, es sei nicht bewiesen, daß die einseitige Vergabe der Dollars zur Wiederherstellung des gewöhnlichen Kapitalismus führe. Weil 1972 im O. und A. Programm der VVN festgestellt wurde, die alten Besitz- und Machtverhältnisse seien wieder hergestellt, keimt die Hoffnung, daß sich die Geschichte unseres Landes in naher Zukunft nach der Realität und nicht nach Wunschdenken gestaltet. Mit 550 Dollar (der Dollar zu 4,20 RM) konnte leichter neu begonnen werden als mit Zahlung der Kriegsschulden oder?

Willy

Unsere Sache ist nicht erledigt

Als Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland" wenden wir uns an die Mitglieder des neuen Bundestages.

Wir haben im zweiten Weltkrieg zusammen mit Angehörigen anderer Völker gegen die faschistische Gewaltherrschaft Hitlerdeutschlands gekämpft; wir haben uns in den Streitkräften der Antihitlerkoalition, in der Bewegung „Freies Deutschland" mit Wort und Waffe der Nazibarbarei entgegengestellt. Dabei sind viele im Kampfe gefallen. Als Deutsche haben wir so zur Befreiung unseres Vaterlandes beigetragen.

Mit der Niederlage des Nazistaates und seiner Wehrmacht vor 50 Jahren können wir unsere Sache nicht als erledigt ansehen. Anzeichen neuer Barbarei machen uns Sorge: Finsternis dringt in Köpfe ein, auf den Straßen geht Terror um. Antifaschisten, einst im Hitlerstaat verfolgt, werden ausgegrenzt, werden sortiert in Patrioten und „Verräter" – aber Hochverrat an Hitler war nicht Landesverrat an Deutschland, im Gegenteil! Auch unsere Freunde und früheren Mitkämpfer in anderen Ländern sehen befremdet die Signale neuer deutscher Großmachtpolitik. Sehr geehrte Mitglieder des Bundestages, wir bitten Sie, die Sie hohe Verantwortung tragen, halten Sie fest an dem Grundsatz, der vor 50 Jahren selbstverständlich war und es auch heute noch sein muß: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Dieses Prinzip ist gefährdet. Sie sollen, laut Bundesverfassungsgericht, über Bundeswehreinsätze in der näheren und weiteren Welt entscheiden. Bedenken Sie gut, was das heißt! Geben Sie nationalistischer Anmaßung nicht nach!

Gehen Sie den Weg einer friedlichen, demokratischen, europäischen, weltoffenen Politik!

Lassen Sie nicht zu, daß weiterhin Tausende von der NS-Militärjustiz gesprochene und vollstreckte Todesurteile gegen Deserteure und andere Kriegsgegner in diesem Lande als rechtsstaatlich gelten!

Lassen wir uns immer leiten von den ersten Worten des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar! Demnächst sind es 50 Jahre, daß der totale Krieg Hitlerdeutschlands mit einer Niederlage endete. Damit wurde das Tor zu einem friedliebenden demokratischen Deutschland aufgestoßen. Wir sind froh, daß wir dabei mithelfen konnten. Der bevorstehende Gedenktag hat für ein künftiges gutes Deutschland großes Gewicht. Unser Verband ist bereit, an der Vorbereitung und Gestaltung des Gedenktages mitzuwirken.

DRAFD-Schreiben an die Mitglieder des Deutschen Bundestages

Aufgabe für 1995:
Widerstand darf nicht verfälscht werden!

Wir sehen es als eine weitere wichtige Aufgabe an, uns dagegen zu wehren, daß unser antifaschistischer Kampf für Humanismus und Völkerfreundschaft und gegen Krieg und Ungerechtigkeit totgeschwiegen oder bei der Aufarbeitung der Geschichte unseres Landes in ein falsches Licht gerückt wird. Hier gilt unsere Aufmerksamkeit dem, was in den Schulen als Antifaschismus verzerrt gelehrt und in der Öffentlichkeit verzerrt als „rotbackiger Faschismus" diffamiert wird. Wir verwahren uns gegen solche Schablonen wohlwissend, daß der Antifaschismus in seiner Geschichte nicht immer und überall von Verirrungen frei gewesen ist. Wir haben uns hiervon distanziert und werden, soviel an uns liegt, gemeinsam mit anderen Antifaschisten, die die Nöte der Kämpfe gegen den Nazismus nicht mehr auf sich nehmen mußten, dafür Sorge tragen, daß solche Verirrungen hinkünftig nicht wieder möglich werden. Aber wir verwahren uns in diesem Zusammenhang ganz entschieden dagegen, daß die DDR und das Nazireich in einen Topf geworfen werden.

Im kommenden Jahr jährt sich zum 50. Mal der Sieg der Antihitlerkoalition über die Deutsche Wehrmacht und in Verbindung damit die Befreiung Deutschlands von den Nazis und 100 000er Männer und Fraue vieler Herren Länder aus KZ und Zuchthäusern. Wir werden uns an aus diesen Anlässen stattfindenden Veranstaltungen beteiligen und zu unserem Teil dazu beitragen, daß der Widerstand der Deutschen gegen das Naziregime nicht nur nicht vergessen, sondern auch nicht hinsichtlich seiner Breite abermals verfälscht wird – auch wenn eingeräumt werden muß, daß dem Widerstand der Deutschen der durchschlagende Erfolg versagt blieb. Den Gründen hierfür ist nachzugehen! Wir verwahren uns gegen eine moralische Differenzierung und Klassifizierung der antifaschistischen Widerständler nach politischen Kategorien. Wir wollen gemeinsam mit anderen Antifaschisten nicht zulassen, daß im Jahre 1995 wieder „braunen Bataillonen" die Straße gehört.

Aus der Erklärung des Landesvorstandes der IVVdN Mecklenburg-Vorpommern anläßlich seiner 1. Beratung am 5.12.94

13 von 1000 Jahren Mecklenburgs

„Sehr geehrte Frau Ministerin, aus der SVZ vom 22.12.94 haben wir wie alle anderen Bürger im Bereich dieser Zeitung Informationen über den Veranstaltungsplan anläßlich „1000 Jahre Mecklenburg" erhalten.

Wir haben den Eindruck gewonnen, daß 13 Jahre Mecklenburg (1932-1945) in diesem Veranstaltungsreigen bisher keine Beachtung gefunden haben, obwohl ihnen nach unserer Meinung große Beachtung gebührt, wenn man die z.Zt. letzte Periode mecklenburgischer Geschichte, die Periode 1945-1994, ehrlich aufarbeiten und für die weitere Entwicklung dieses Landes nutzbringend anwenden will. 13 Jahre Mecklenburg (1932-1945) umschließen die Eroberung des mecklenburgischen Landtages durch die NSDAP, Kampf des Gauleiters der NSDAP, Friedrich Hildebrandt gegen die Kirche in Mecklenburg, Verfolgung von Gewerkschaftlern, Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservativen und Liberalen, die Wiederaufrüstung des Deutschen Reiches auch auf dem Territorium dieses Landes, die Zerstörung der Synagogen und Vernichtung der Juden Mecklenburgs, die Umwandlung des Zuchthauses Bützow-Dreibergen in eine Hinrichtungsstätte für Hunderte angeblicher oder tatsächlicher Feinde des NS-Regimes, Inländer wie Ausländer, die Einrichtung der beiden KZ in Wöbbelin, um nur dies hier zu nennen. Wir halten es für notwendig, hieran zu erinnern mit der dringenden Aufforderung, dies bei „1000 Jahre Mecklenburg" nicht außer Acht zu lassen.

Wir selber haben in unserer Planung für die Zeit vom 2.-6. Mai eine Reihe von Schriftstellerlesungen und Diskussionen an Hand von 2 Büchern mit den Titeln „Befehl ans Tor" und „Morgen sind wir frei oder tot" (Verfasser Dr. W. Stimad-Kamenz) in Neubrandenburg, Rostock, Schwerin, Bützow, Güstrow vorgesehen. Mitglieder unserer Organisation, Zeitzeugen, stellen sich für Gespräche in den oberen Schulklassen zum Thema „13 von 1000 Jahren Mecklenburgs" zur Verfügung. Wir bitten Sie, die Schulleitungen auf dieses Angebot hinzuweisen.

Für Gespräche zur Sache in Ihrem Hause halten wir uns bereit. Wir wünschen Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein erfolgreiches 1995."

Weihnachts-Brief der IVVdN Mecklenburg-Vorpommern an Kultusministerin Regina Markwardt

Auch eine Spende wert: Erinnerung an Torgau

Gestern und heute – für morgen!

Die Stadt Torgau an der Elbe, in Sachsen gelegen, gehört zu den historischen Orten auf dem Wege hin zum 8. Mai 1945. Auch die Ereignisse in dieser Stadt verdienen es, nicht vergessen zu werden. Es finden 1995 Gedenk- und Erinnerungsveranstaltungen anläßlich der 50. Jahrestage des Endes von Völkermord in KZ's und Außenkommandos, in Zuchthäusern und anderen Haftanstalten auch in der Bundesrepublik Deutschland an historischen Orten statt. – Eine wichtige Rolle wird der 50. Jahrestag der Befreiung auch des deutschen Volkes durch die Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition spielen, der zugleich Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges ist. Dieser Krieg begann vom Boden Nazi-Deutschlands her und er endete auch wieder da.

Kurz vor dessen Ende war es, als am 25. April 1945, also vor fast 50 Jahren, in Torgau und Umgebung Soldaten der 69. Infanteriedivision der 1. US-Armee und der 58. Gardeschützendivision der ukrainischen Front zusammentrafen. Mit diesem Spendenaufruf an Einzelpersonen, Organisationen und Parteien, unserer Spende und Unterschrift wollen wir erreichen, daß auch wenigstens je einem Vertreter aus der ehemaligen Sowjetunion und den USA stellvertretend es ermöglicht werden soll, nach Deutschland zu kommen, um an Veranstaltungen teilnehmen zu können, die hier aus Anlaß des 50. Jahrestages des 8. Mai 1945 stattfinden werden unter dem Motto „Nie Wieder".

Auf eigenen Wunsch hin hatte 1983, nach seinem Tod, Joseph Polowsky, der ehemalige amerikanische Armeeangehörige und Zeuge der Truppenbegegnung, auf dem Friedhof von Torgau seine letzte Ruhestätte gefunden. Sein Sohn hat bereits den Wunsch an einer Teilnahme bekundet.

Die geschichtssymbolische Brücke ist zwar 1994 aus dem Torgauer Stadtbild entfernt worden, wozu bis heute heftig umstrittene Begründungen herhalten müssen, per Beschluß von Politik und Bürokratie also. – Die Elbbrücke von Torgau hatte bis dahin mehr oder weniger blessiert zwei Weltkriege überstanden. – Sie aus dem Wissen und den Erinnerungen vieler Menschen verdrängen zu wollen, dürfte wohl kaum gelingen. Darüber hinaus ist es einem Dortmunder Stahlbaubetrieb zu verdanken, daß ein Teil der Brücke erhalten blieb, weil es – sowohl als Industrie- als auch als historisches Denkmal – auf dem Industriegelände in Dortmund aufgestellt werden soll.

Auch darauf soll unser Spendenaufruf aufmerksam machen.

Jupp Angenfort (Düsseldorf), Fred Bruder (Berlin), Raimund Gaebelein (Bremen), Horsta Krum (Berlin), Ulrich Sander (Dortmund), Horst Schneider (Dresden).

Übrigens: Spenden unter dem Stichwort Torgau können an Fred Bruder auf das Konto Nr. 162 401 1728 bei der Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00) eingezahlt werden.

Da klinkt die Vernunft aus

Theo Waigel, Deutschlands Finanzminister, war persönlich erschienen, um die Treuhand aufzulösen. Vor geladenen Gästen und Journalisten wurde die Zerschlagung einer Wirtschaft gepriesen, die immerhin den 10. Platz der Weltwirtschaft innehatte. Trotz des Verkaufs von 13.340 Betrieben und Immobilien schloß die Treuhand am 31.12.94 mit 270 Mrd. DM Schulden ab.

Die Treuhand ist abgewickelt. Ab 1.1.95 arbeiten je eine Bundesanstalt eine für die verbliebenen Aufgaben des „Umbaus" (!) der ostdeutschen Wirtschaft, eine für die über 179.000 (!!!) abgeschlossenen Verträge, eine für den Verkauf der Agrar- und Forstwirtschaft. Diese Gesellschaften hat Herr Waigel nicht mit großem Tamtam ausgewickelt. Bei soviel noch vorhandenem Vermögen ist es gelinde gesagt unverständlich, wofür Herr Waigel einen Solidarbeitrag benötigt. Außerdem kann da ja nicht von einer Erblast aus DDR-Zeiten gesprochen werden. Wirtschaftsexperten stellen heute fest, ein Verzicht auf eine schnelle Einheit und Währungsunion oder eine für die DDR günstigere Umtauschquote hätte bessere Bedingungen für den Export der DDR-Produkte abgegeben. All diese Tatsachen belegen, es geht nicht um wirtschaftliche Entwicklungen, es geht um den „Beweis," daß nur die freie Marktwirtschaft die einzig richtige ist. Dabei klinkt die Vernunft aus.

Willy H.

Nachtrag

Frau Breul klagte bei der Verabschiedung, sie habe für ihre Arbeit kein Vorbild gehabt. Schade, denn weil sie keinen antifaschistischen Unterricht genommen hat, kannte sie nicht Prof. Dr. Dr. Oberländer. Konrad Adenauer mußte diesen Minister 1955 entlassen, weil er 1941 Staats- und Genossenschaftsbetriebe an Konzernherren und Junker verkauft hat. Als er 1953 in die Bundesregierung berufen wurde, wurde der Weltöffentlichkeit klar, daß Adenauer es mit seiner Ankündigung ernst meint, nun sei Schluß mit dem Gerede von der Vereinigung, jetzt werde der Osten befreit.

Die große Vergeudung

In U-Booten
können Wohnungssuchende
nicht wohnen

In Panzern
gibt es keine Betten
für pflegebedürftige Alte

Granaten
können die hungernden
Kinder nicht essen

Raketen
fliegen keine Lebensmittel
in die Dritte Welt

Rüstung
macht die Völker arm
und die Rüstungskonzerne
reich

Artur Troppmann

Eckernförde teilt mit:

Der Kamerad Hermann Ivers wurde 1938 erneut verhaftet und wegen Hochverrats zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde nach Oslebshausen verbracht. Die heutige Strafanstalt war damals ein Zuchthaus. Der Kamerad hatte im ersten Weltkrieg Erfrierungen ersten Grades erlitten, die die Amputation eines ganzen und eines halben Fußes erforderlich gemacht hatten. Erfrierungen heilen nie aus. Der fortgesetzte Wundbrand ist im Zuchthaus mit Syphilisspritzen „behandelt" worden. Diese Spritzen führten dazu, daß er fast 60jährig aus dem Leben schied. In seiner Heimatstadt wird der Kamerad heute durch eine Hermann-Ivers-Straße geehrt. Sein Name findet sich auch auf dem Ehrenstein für die Opfer des Naziregimes.

Willy

Geburtstage im Februar

Meta Böttcher	1.2., 85 J.
Johanna Elmers	17.2., 77 J.
Waltraut Metz	23.2., 69 J.
Hans Friese	26.2., 52 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

Wir gedenken

Johann Kühn, geb. 6.3.1897, wurde am 28.11.35 wegen Fortsetzung der Arbeit in der SPD zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Ablauf der Strafe ins KZ deportiert. Zuletzt sahen ihn Kameraden Anfang 1945 im KZ Oranienburg. Er zählt zu den vielen, von der SS auf den Todesmärschen erbarmungslos Ermordeten.

Druck von unten

Die deutsche Wirtschaft ist im Aufschwung, 2,3% im Westen und 6,9% im Osten macht insgesamt 2,8%. Nach Feststellung des Statistischen Bundesamtes liegt das Ergebnis höher als die fünf „Weisen" vorausgesagt haben. In Kenntnis dieser Entwicklung hatten Murmann und Stihl den weiteren Abbau des Sozialstaates gefordert. Dazu ist daran zu erinnern: Seit Helmut Bundeskanzler ist, ist die Rente und das Arbeitslosengeld von bruttolohnbezogen auf nettolohnbezogen umgebaut worden. Seit Helmut Kohl regiert, ist die Rezeptgebühr von 1,– DM pro Rezept auf bis zu 10,– DM pro Medikament eingeführt worden, von den Zuzahlungen für Zahnersatz und Brillen nicht zu reden. Der ganze Abbau ist unter dem Titel Reform vorgenommen worden. Nun kündigt der „Gesundheitsminister" die dritte Phase der „Gesundheitsreform" an ...

In dieser Situation beklagt der Vorsitzende des DGB den Verlust von 2 Millionen Mitgliedern und die geringe Reformfreudigkeit der Bundesregierung. Kollege Schulte sollte doch schon längst begriffen haben, daß Kohl und seine Gang immer dann von Reform reden, wenn es an die Errungenschaften der Arbeiterbewegung geht. Um den noch vorhandenen Rest zu erhalten, muß die geballte Kraft der Gewerkschaften eingesetzt werden. Wenn es richtig ist, daß der Neofaschismus blüht, weil die Jugend wegen der Arbeitslosigkeit ohne Perspektive ist, dann sind die Gewerkschaften gefordert. Alle Kolleginnen und Kollegen sind aber auch gefordert, nicht nur nach oben schauen, sondern unten Druckmachen. Zwei Millionen Mitglieder wurden nicht nur im Osten verloren. Die Austritte dort sind die Folge vom Breuel-Kahlschlag, aber auch vom Nichteingreifen der Gewerkschaften. Die „da oben" waren z. T. der bescheidenen Meinung, die FDGB Gewerkschafter seien so zu übernehmen, wie Bonn die DDR einkassiert hat. Die Kolleginnen und Kollegen „da drüben" waren gewohnt, daß die FDGB-Fraktion in der Volkskammer schon dafür sorgt, daß die Produktionsergebnisse richtig verteilt werden. Der DGB ist eine parteiübergreifende Organisation. Der Erhalt der Einheit der Gewerkschaften erfordert die Wahrnehmung der berechtigten Forderung aller Frauen und Männer, die in abhängiger Beschäftigung stehen. Die Massenarbeitslosigkeit wird nicht durch verschleierten Lohn- und Gehaltsverzicht bekämpft.

Willy 100mark

Toll

Im Dezember 94 konnte das Arbeitamt in Bremen wenigstens 700 Weihnachtsmänner vermitteln. Aber Weihnachten dauert leider nicht ewig. Sonst gibt es in HB einen ganz leichten Aufschwung.

Erfolgsmelder

Herzlichen Dank

allen Spenderinnen und Spendern, die uns im Neuen Jahr bedacht haben.

Der Vorstand

Zeitzeugen

Brief an den des Leiter Ortsamts Vegesack, Herrn Reiner Kammeyer. Berichte von Zeitzeugen sind wichtig, aber nicht immer kommentarlos zu veröffentlichen. Vor allen Dingen solche nicht, in denen Nazis sich selbst als ehrlich, mutig und unschuldig darstellen.

So stellt sich Hermann Koch, ehemaliger Schul- und Ortsamtsleiter von Platjenwerbe, Ihlpohl und Stendorf in seinem Bericht vor. Er war nur für „sein Volk und Vaterland" tätig und dafür war er 3 Jahre als Kriegsverbrecher interniert, natürlich unschuldig. Er wundert sich, daß der einfache SA-Mann von nebenan nicht verhaftet wurde, er aber mit Generalen inhaftiert war. Er hat das differenzierte Herangehen der Siegermächte nicht begriffen, die damals zwischen dem Einpeitscher und Befehlsgeber sowie dem der zu gehorchen hatte zu unterscheiden wußten. Zu Kochs Schilderungen seiner Erlebnisse in den Internierungslagern, in denen die Menschen dahinsiechten, ist folgender Hinweis wichtig: Interniert wurde 1945 in den vier Zonen nach gemeinsamen Richtlinien der Antihitlerkoalition.

Willy Hundertmark

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 · Fax: 0421/382918

montags bis freitags 15.30 – 18.30 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 29050101), Kto.-Nr. 1031913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (0421) 611262

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Mittwoch
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)